

Der von der Bundestagsfraktion DIE LINKE gestellte Antrag "US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen" wurde bereits in den Ausschussberatungen von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 051/17 – 03.04.17

**Der von der Bundestagsfraktion DIE LINKE gestellte Antrag
"US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen"
wird von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt**
(<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/112/1811245.pdf>)

Deutscher Bundestag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/11245
21.02.2017

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/10863 –

US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion führt die US-amerikanische Regierung auch mit Hilfe von Relaisstationen auf dem Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz „gezielte Tötungen“ mittels Kampfdrohnen durch. Die Antrag stellende Fraktion hält diese Drohnenangriffe für völkerrechtswidrig. Sie fordert die Bundesregierung u. a. auf, das Stationierungsabkommen mit den USA und der NATO für die Ramstein Air Base aufzukündigen sowie die US-Regierung und die übrigen NATO-Mitgliedstaaten aufzufordern, sämtliche militärischen Operationen, die über die Ramstein Air Base laufen, derart vollumfänglich zu beenden, dass bereits im Zeitraum der Kündigungsfristen keinerlei operative Maßnahmen mehr über die Air Base ausgeführt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/10863 abzulehnen.

Berlin, den 15. Februar 2017

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender / Thorsten Frei, Berichterstatter / Niels Annen, Berichterstatter / Wolfgang Gehrcke, Berichterstatter / Jürgen Trittin, Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Thorsten Frei, Niels Annen, Wolfgang Gehrcke und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 18/10863 (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02117_080217.pdf) in seiner 212. Sitzung am 19. Januar 2017 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion führt die US-amerikanische Regierung auch mit Hilfe von Relaisstationen auf dem Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz „gezielte Tötungen“ mittels Kampfdrohnen durch. Die Antrag stellende Fraktion hält diese Drohnenangriffe für völkerrechtswidrig. Sie fordert die Bundesregierung u.a. auf, das Stationierungsabkommen mit den USA und der NATO für die Ramstein Air Base aufzukündigen sowie die US-Regierung und die übrigen NATO-Mitgliedstaaten aufzufordern, sämtliche militärischen Operationen, die über die Ramstein Air Base laufen, derart vollumfänglich zu beenden, dass bereits im Zeitraum der Kündigungsfristen keinerlei operative Maßnahmen mehr über die Air Base ausgeführt werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Verteidigungsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 18/10863 in seiner 86. Sitzung am 15. Februar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 18/10863 in seiner 90. Sitzung am 15. Februar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 15. Februar 2017

Thorsten Frei, Berichterstatter / Niels Annen, Berichterstatter / Wolfgang Gehrcke, Berichterstatter / Jürgen Trittin, Berichterstatter

Unser Kommentar

Es ist genau das eingetreten, was wir bereits in der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP02117_080217.pdf aufzurufenden LUFTPOST 021/17 über den darin er-

läuterten und kommentierten Antrag "US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen" vorhergesagt haben:

Die Antragsteller wissen genau, dass ihr Antrag bei den anderen Fraktionen des derzeitigen Bundestages bestenfalls Kopfschütteln und Spott hervorrufen und mit Pauken und Trompeten durchfallen wird. Wenn DIE LINKE tatsächlich eine ernsthafte Parlamentsdebatte über völkerrechtswidrige Aktivitäten ausländischer Streitkräfte auf unserem Territorium führen wollte, hätte sie folgenden Antrag stellen müssen:

"Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, jeden einzelnen US-Drohnenangriff, der über die SATCOM-Relaisstation auf der Ramstein Air Base abgewickelt werden soll, vorher von fachkundigem eigenem Personal daraufhin überprüfen zu lassen, ob er nicht gegen das Völkerrecht und das Grundgesetz verstößt."

Wenn der völlig aussichtslose und damit unsinnige Antrag "US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen" erwartungsgemäß in Kürze abgelehnt wird, dürfte der überlebenswichtige Themenkomplex "Air Base Ramstein" für den Rest des Wahlkampfes erledigt sein. Wollten die einflussreichen "Atlantiker" in der Partei DIE LINKE das so, um die lästigen Themen "Ramstein" und "NATO" vom Tisch zu haben und weiterhin von einer "Rot-Rot-Grünen-Koalition" träumen zu können?

In dem unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18212.pdf> aufzurufende Protokoll der Bundestagssitzung am 19.01.17 ist unter Tagesordnungspunkt 20 nachzulesen, wie der Antrag "US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen" der Bundestagsfraktion DIE LINKE am Ende einer sehr langen Sitzung sang- und klanglos ohne jede Debatte an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss überwiesen wurde.

In der Anlage 12 sind die zu Protokoll gegebenen verständnislosen und teilweise sehr hässlichen Reden der Antragsgegner Thorsten Frei (CDU/CSU), Anita Schäfer (CDU/CSU), Josip Juratovic (SPD) und Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und die Begründungsrede Andrej Hunkos (DIE LINKE) aufzurufen, die sich unsere Leser nicht entgehen lassen sollten.

Wir empfehlen außerdem die (nochmalige) Lektüre, der unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP18516_301216.pdf aufzurufenden LUFTPOST 185/16, in der wir uns sehr ausführlich mit von der U.S. Air Base Ramstein ausgehenden Problemen befasst und Empfehlungen für den Bundestagswahlkampf gegeben haben, mit denen sich die DIE LINKE und die Friedensbewegung endlich ernsthaft auseinandersetzen sollte.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern